

Stellungnahme zum Antrag

GRÜNE-Gemeinderatsfraktion

Vorlage Nr.:

Verantwortlich: **Dez. 3**

Dienststelle: **SJB**

Herausforderungen in der sozialen Unterstützungsstruktur während und nach Corona

Gremium	Termin	TOP	ö	nö
Gemeinderat	22.06.2021	25	X	
Sozialausschuss	06.10.2021	1	X	

Kurzfassung

Corona hat in allen gesellschaftlichen Systemen zu tiefgreifenden Veränderungen geführt. Kontaktbeschränkungen und fehlende Begegnungsmöglichkeiten haben das soziale Miteinander beeinträchtigt und zum Teil Gefühle der Isolation hervorgerufen oder verstärkt. Auch soziale Angebote mussten zeitweise eingestellt, reduziert oder umgestellt werden. Dabei haben sich die in Karlsruhe vorhandenen Vernetzungsstrukturen als entscheidend erwiesen, um die Entwicklungen während der Pandemie intensiv zu beobachten und entsprechend zu reagieren oder Anpassungen vorzunehmen. Künftig ist die Weiterentwicklung digitaler Zugangswege wichtig sowie die Stärkung niederschwelliger sozialräumlicher Angebote und Vernetzungsstrukturen. Die Verwaltung wird die Entwicklungen weiter beobachten und bei Bedarf nachsteuern.

Finanzielle Auswirkungen	Gesamtkosten der Maßnahme	Einzahlungen Erträge (Zuschüsse und Ähnliches)	Jährliche laufende Belastung (Folgekosten mit kalkulatorischen Kosten abzüglich Folgeerträge und Folgeeinsparungen)
Ja <input type="checkbox"/> Nein <input checked="" type="checkbox"/>			

Haushaltsmittel sind dauerhaft im Budget vorhanden

Ja ☐

Nein ☐ Die Finanzierung wird auf Dauer wie folgt sichergestellt und ist in den ergänzenden Erläuterungen auszuführen:

- ☐ Durch Wegfall bestehender Aufgaben (Aufgabenkritik)
- ☐ Umschichtungen innerhalb des Dezernates
- ☐ Der Gemeinderat beschließt die Maßnahme im gesamtstädtischen Interesse und stimmt einer Etatisierung in den Folgejahren zu.

CO ₂ -Relevanz: Auswirkung auf den Klimaschutz Bei Ja: Begründung Optimierung (im Text ergänzende Erläuterungen)	Nein <input checked="" type="checkbox"/>	Ja <input type="checkbox"/>	positiv <input type="checkbox"/> negativ <input type="checkbox"/>	geringfügig <input type="checkbox"/> erheblich <input type="checkbox"/>
IQ-relevant	Nein <input checked="" type="checkbox"/>	Ja <input type="checkbox"/>	Korridortheema:	
Anhörung Ortschaftsrat (§ 70 Abs. 1 GemO)	Nein <input checked="" type="checkbox"/>	Ja <input type="checkbox"/>	durchgeführt am	
Abstimmung mit städtischen Gesellschaften	Nein <input checked="" type="checkbox"/>	Ja <input type="checkbox"/>	abgestimmt mit	

Ergänzende Erläuterungen

1. Die Stadtverwaltung stellt dem Gemeinderat evtl. als Zwischenbericht dar, welche besonderen Herausforderungen sie in der sozialen Unterstützungsstruktur unserer Stadt während der Bewältigung der Pandemie sieht und welche Lehren sie nach Überwindung der Coronakrise daraus ziehen will.

Die Frage nach den Herausforderungen von Corona in der sozialen Unterstützungsstruktur ist zunächst sehr umfassend. Ergänzend hat die GRÜNE-Fraktion Schwerpunkte benannt, die ihr in diesem Zusammenhang besonders wichtig sind. Diese wurden in den folgenden Ausführungen berücksichtigt.

Themenübergreifend ist festzustellen, dass Corona in allen gesellschaftlichen Systemen und bei Menschen aller Altersgruppen zu tiefgreifenden Veränderungen im beruflichen, privaten und Freizeitbereich geführt hat. Kontaktbeschränkungen und fehlende Begegnungsmöglichkeiten haben das soziale Miteinander beeinträchtigt und zum Teil Gefühle der Isolation hervorgerufen oder verstärkt. Auch die soziale Unterstützungsstruktur war gezwungen, Angebote zeitweise einzustellen, zu reduzieren oder umzustellen. In Zusammenarbeit der Stadtverwaltung, freier Träger und zivilgesellschaftlicher Akteurinnen und Akteure in Karlsruhe ist es gelungen, viele Angebote aufrecht zu erhalten und entstandene Bedarfe zu versorgen.

Corona-Auswirkungen sind in aktuellen Berichten, wie beispielsweise dem Gesamtkonzept Wohnungslosenhilfe, dem Gesamtkonzept Sozialer Arbeitsmarkt, dem Jahresbericht des Beirates für Menschen mit Behinderungen und der Kommunalen Behindertenbeauftragten sowie des Jobcenters oder dem Bericht zum Sozialdienstleister-Einsatzgesetz (SodEG) berücksichtigt, auf die an dieser Stelle verwiesen wird.

Nun ist es wichtig, bei der Wiederaufnahme der umfassenderen Angebote nach dem Lockdown aufmerksam für eventuell veränderte Bedarfe der Menschen zu sein, um entsprechend reagieren zu können. Grundsätzlich sind die sozialen Unterstützungssysteme in Karlsruhe dafür gut aufgestellt.

Gewaltschutz /Frauenberatungsstellen

Die in Karlsruhe etablierte interdisziplinäre Zusammenarbeit der verschiedenen Fachbereiche im Koordinationskreis „Häusliche Gewalt überwinden“ (Fachberatungsstellen, Polizei, Ordnungsamt, Familiengerichte, Allgemeiner Sozialer Dienst) unter der Federführung der Gleichstellungsbeauftragten bietet einen geeigneten Rahmen, um Entwicklungen zu beobachten, fachlich zu bewerten und insbesondere im Hinblick auf eine systemübergreifende Zusammenarbeit und eine funktionierende Interventionskette zum Schutz und zur Unterstützung der Betroffenen unbürokratisch zu justieren. Das regelmäßige Bilanzgespräch des Koordinationskreises im April 2021 hat verdeutlicht, dass keine signifikanten Veränderungen (Zu- oder Abnahme von Fallzahlen) erkennbar waren. Die Schwankungen der Fallzahlen bewegen sich im statistisch normalen Bereich und lassen keine Veränderungen in Bezug auf die Pandemie erkennen. Die Karlsruher Fachkreise beobachten jedoch mit einer hohen Sensibilität die Situation, um mögliche negative Entwicklungen durch Corona erkennen, darauf reagieren und Zugänge ins Hilfesystem erleichtern zu können.

Die neben der Frauenhausunterbringung vorhandene Notunterbringung wurde durch einen Ablaufplan für die Unterbringung im Fall von Erkältungssymptomen oder Verdacht einer Corona-Erkrankung ergänzt, so dass der Schutz der Betroffenen in angepasster Form gewährleistet war. Darüber hinaus wurden, wie in allen Bereichen, digitale Beratungsmöglichkeiten erweitert.

Im Hinblick auf eine Weiterentwicklung des Hilfesystems kommt darüber hinaus der Bestands- und Bedarfsanalyse sowie der Konzeptentwicklung im Rahmen der Umsetzung der Istanbul-Konvention in Karlsruhe eine wichtige Funktion zu. Dabei werden Entwicklungen und Erfahrungen aus den allgemeinen und spezialisierten Hilfen berücksichtigt.

Wohnungslosenhilfe

Alle Angebote der Wohnungslosenhilfe konnten in angepasster Form weiter angeboten werden. Die präventiven Hilfen zum Wohnungserhalt fanden überwiegend in Form schriftlicher und telefonischer Kontakte statt und wurden im bisherigen Umfang fortgesetzt. Für die Unterbringung Wohnungsloser war die Sozial- und Jugendbehörde durchgängig geöffnet. Auch die Versorgung mit Wohnungen über das Programm Wohnraumakquise konnte aufrechterhalten werden.

Ebenso wurden alle Beratungsangebote, sowohl städtische als auch bei den freien Trägern, fortgesetzt. Bei der Beratung gab es einen erhöhten Bedarf an technischer Unterstützung für digitale Antragstellungen, insbesondere bei Personen ohne technische Ausstattung, mit geringer Kompetenz im Bereich der digitalen Medien und/oder mit Sprachbarrieren.

In den niederschweligen Angeboten der Wohnungslosenhilfe (Taff und TÜR) wurden coronabedingt vorrangig obdachlose Personen versorgt; Menschen mit eigenem Wohnraum konnten daher aufgrund der Kontaktbeschränkungen nicht in vollem Umfang an der Möglichkeit der Ansprache und an den Kontaktangeboten teilnehmen. Jedoch war die Vesperkirche in den Wintermonaten geöffnet, um ein soziales Miteinander unter den entsprechenden Rahmenbedingungen zu ermöglichen.

Die Lebensmittelversorgung und Basisversorgung war zu jedem Zeitpunkt gegeben, aber die Angebote, die darüber hinaus einer Vereinsamung entgegenwirken oder Kontaktmöglichkeiten schaffen, waren aufgrund der Kontaktbeschränkungen eingeschränkt.

Die Zusammenarbeit mit dem Trägernetzwerk wurde intensiviert. Es fanden regelmäßige Treffen der Sozial- und Jugendbehörde mit den Trägern statt, um sich über Fragen bezüglich Corona auszutauschen und das Hilfesystem gezielt anzupassen. Ergänzend zu den bestehenden Angeboten gab es viele Essensangebote von den langjährigen Trägern der Wohnungslosenhilfe. Es kamen zudem weitere Angebote von neuen Anbietern und von ehrenamtlich Engagierten hinzu. Um die Angebote besser zu vernetzen und die Ehrenamtlichen mit den professionellen Strukturen bekannt zu machen, bildete sich ein regelmäßiger Informationsaustausch.

Anlaufstellen für beratende und unterstützende Tätigkeiten

Bereits nach dem ersten Lockdown im Frühjahr 2020 hat die Sozial- und Jugendbehörde eine interne Umfrage zum Thema Auswirkungen der Corona-Krise innerhalb der Abteilungen und Teams durchgeführt, um frühzeitig Versorgungslücken und Handlungsbedarfe zu erkennen. Hierbei wurde deutlich, dass die städtischen Beratungsstellen trotz der Corona-Krise ihre Arbeit aufrechterhalten konnten und dauerhaft für die Bürgerinnen und Bürger erreichbar waren, so dass deren Anliegen auch während des Lockdowns bearbeitet werden konnten. Diese Situation hat sich im Verlauf der Pandemie und des erneuten Lockdowns nicht verändert.

Insgesamt hat die Bedeutung von alternativen Kommunikationsstrukturen deutlich zugenommen, so dass vermehrt telefonische und videogestützte Beratung stattgefunden hat und nach wie vor stattfindet. Auch in Zukunft wird die digitale Beratung eine wichtige Rolle spielen, fordert aber auch von der Bürgerschaft ein hohes Maß an digitaler Teilhabe.

Der Allgemeine Soziale Dienst der Stadt Karlsruhe musste zwar seine offene Sprechstunde einstellen, war aber telefonisch und per E-Mail durchgehend erreichbar und konnte seine alltägliche Arbeit trotz der Corona-Pandemie jederzeit leisten. Durch Schutzausrüstung und sonstige Vorsichtsmaßnahmen (AHA-Regeln) wurden auch während der Lockdowns Hausbesuche und persönliche Gespräche vereinbart, wenn dies notwendig war. Hierdurch konnten Kinderschutzfälle durchgehend nach gleichen qualitativen Standards bearbeitet werden. Während des ersten Lockdowns hat der Allgemeine Soziale Dienst eine eigene Notbetreuungsgruppe für Kinder aus sozialen Notlagen eingerichtet, da die

Notbetreuungsgruppen an Schulen nur Kindern von Eltern aus systemrelevanten Berufsfeldern vorbehalten waren.

Auch Beratungsstellen der freien Träger, wie die Allgemeine Sozialberatung der Diakonie, konnten ihr Beratungs- und Unterstützungsangebot aufrechterhalten. Die Pandemie erforderte allerdings ein hohes Maß an Flexibilität sowie eine schnelle Planung und Umstrukturierung der alltäglichen Arbeit. Die Angebote wurden ebenfalls vermehrt digital angeboten. Zudem wurden gute Schutzmaßnahmen erstellt, wodurch in dringenden Fällen auch persönliche Kontakte stattfinden konnten.

Kinder und Jugendliche

In Bezug auf die Gruppe der Kinder und Jugendlichen verweist die Stadtverwaltung zum einen auf die Stellungnahme im Gemeinderat vom 18. Mai 2021 zum Antrag der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion vom 13. April 2021 „Jugend gestärkt in der Krise“. Hier wurde bereits auf die aktuellen Entwicklungen und Anforderungen für Jugendliche während des Abklingens der Pandemie eingegangen. Derzeit gibt es keine neuen Entwicklungen.

Insgesamt können die psychosozialen Auswirkungen der Krise auf Kinder und Jugendliche noch nicht abgeschätzt werden. Es muss damit gerechnet werden, dass es im Rahmen der Jugendhilfe langfristig zu einem erhöhten Fallaufkommen kommen wird, da anderweitige Unterstützungssysteme nicht alle Kinder und Jugendliche auffangen können. Gerade bei sozial benachteiligten Kindern könnten die Lerndefizite, die Auswirkungen von häuslichen Problemlagen, fehlende berufliche Perspektiven und Ähnliches zu steigenden Fallzahlen und längerer Helfedauer führen. Im schulischen Setting erschweren fehlende Praktika die Zugänge auf den Arbeitsmarkt, insbesondere für junge Menschen mit Migrationshintergrund beziehungsweise unbegleitete minderjährige Ausländerinnen und Ausländer (UMAs).

Der in der Presse überregional thematisierte Anstieg von häuslicher Gewalt und sexueller Gewalt war in den Beratungsstellen in Karlsruhe nicht feststellbar.

Während des Lockdowns gab es Angebote für Kinder und Jugendliche, wie die Stadtteilspaziergänge vom Stadtjugendausschuss sowie Osterbastelangebote oder Überraschungstüten von Kitas und Horten. Das Kinderbüro hat eine Beteiligungsaktion durchgeführt. Die Ergebnisse wurden als Plakatausstellung im öffentlichen Raum präsentiert.

Träger der freien Jugendhilfe waren durch die vorgegebenen Hygiene- und Quarantänemaßnahmen zusätzlich belastet und hatten einen Mehrbedarf an Personal und Hygieneausrüstungen. Für Jugendhilfeeinrichtungen mit teilstationären und stationären Angeboten haben die Pandemie und die damit einhergehenden Lockdowns zu zusätzlichen Herausforderungen in der Betreuung der Kinder und Jugendlichen geführt. Während der Schulschließungen waren die Kinder und Jugendlichen auch am Vormittag in der Einrichtung und mussten dementsprechend betreut und versorgt werden. Hierfür wurde nachträglich auf Landesebene eine Finanzierungsmöglichkeit der Vormittagsbetreuung eingerichtet, damit die Einrichtungen die zusätzlich benötigten Ressourcen auch finanziell abrechnen können.

Um die Situation gut im Blick zu behalten und Familien bei Bedarf schnell an die entsprechenden Hilfesysteme anbinden zu können, ist eine enge Kooperation der Systeme Schulsozialarbeit, Kita, Allgemeiner Sozialer Dienst und offene Jugendarbeit sowie eine enge Zusammenarbeit verschiedener Fachämter erforderlich.

LSBTIQ*

Kontaktmöglichkeiten innerhalb der Community waren in der Pandemie stark eingeschränkt und verstärkten Einsamkeitsthemen. Ebenso wie bei anderen Gruppen mit Beratungsbedarf wurden in Beratungsstellen Möglichkeiten zur Telefon- oder Videoberatung geschaffen und haben sich als relevant

erwiesen. Während der Pandemie wurden vorhandene Angebotsformen angepasst und weiterentwickelt. So konnte im La Vie das wöchentliche Beratungsangebot aufrechterhalten werden. Darüber hinaus wurde mehrmals pro Woche das „digitale Jugendhaus“ als Treffpunkt geöffnet, und es wurde ein neues Angebot geschaffen, das den direkten Kontakt zwischen einzelnen Jugendlichen und den Mitarbeitenden ermöglichte.

Die Einrichtungen werden nunmehr diese in der Coronapandemie vorgenommenen Anpassungen im Hinblick auf ihre Eignung und Bedarfsgerechtigkeit bewerten und gegebenenfalls dauerhaft in ihr Angebotsspektrum integrieren. Die angestrebte stärkere Sichtbarmachung der Community in der Stadt Karlsruhe und eine Unterstützung ihrer Vernetzung von Seiten der Stadt kann dazu beitragen, dass Kontakte zu (Beratungs-)Angeboten und Ansprechpersonen leichter gefunden werden.

Jobcenter

Das Jobcenter Stadt Karlsruhe war in der Pandemie nicht geschlossen. Vielmehr waren die Zugangskanäle verlagert auf telefonischen, schriftlichen und elektronischen Kontakt. Hierzu wurden die telefonischen sowie die Online-Kontaktkanäle massiv ausgebaut und beworben. Die Erreichbarkeit des Jobcenters war jederzeit gewährleistet. Persönliche Vorsprachen waren aufgrund der Maßnahmen des Infektionsschutzes zwar begrenzt, für Notfälle war es jedoch durchgehend möglich, auch persönlich in den Eingangszonen vorzusprechen. Beratungs- und Vermittlungsgespräche fanden überwiegend nach vorheriger Terminvereinbarung telefonisch statt. Der Unterricht bei Bildungsträgern wurde teilweise in hybrider Form oder komplett im Onlinemodus durchgeführt.

Zur Weiterführung der Arbeitsgelegenheiten wurden von den Einsatzstellen überwiegend Hygienekonzepte umgesetzt. Lediglich vereinzelt konnten pandemiebedingt wenige Stellen nicht besetzt werden. Einsatzstellen, die aufgrund der landesweiten Verordnung schließen mussten, waren ab dem 1. April 2020 ausgesetzt. Mit Weisung vom 23. April 2020 war es dann grundsätzlich wieder möglich, dass Arbeitsgelegenheiten durchgeführt werden, sofern die Einhaltung der SARS-CoV-2-Arbeitsschutzregelungen der Bundesregierung vom 16. April 2020 sowie die Regelungen des Landes beziehungsweise der Kommune eingehalten wurden und die Teilnahme freiwillig erfolgt ist. Im Jahr 2020 standen circa 300 Plätze zur Verfügung; 361 Frauen und Männer haben im Jahresverlauf mit einer Arbeitsgelegenheit begonnen.

Für das von der Stadt finanzierte kommunale Beschäftigungsprogramm standen durchgehend mehr als 150 Plätze zur Verfügung.

Ältere Menschen

Während alle Altersgruppen ihre Kontakte coronabedingt einschränken mussten, so galt dies in besonderem Maße für die als vulnerabel eingestufte Gruppe der älteren Menschen. Gleichzeitig führen Kontaktarmut und Einsamkeit bei älteren Menschen nicht selten zu einer Verschlechterung des allgemeinen gesundheitlichen Zustands.

In stationären Einrichtungen mussten Besuche von Freunden und Angehörigen, Dienstleistungen externer Anbieter (z.B. Frisöre) und ehrenamtliche Angebote eingestellt werden. Die Bewohnerinnen und Bewohner dieser Einrichtungen waren daher von umfangreichen Kontakteinschränkungen betroffen. Die Pflegeheime wurden ämterübergreifend bei der Bewältigung der Pandemie unterstützt (Umsetzung der Corona-Verordnungen, Lieferung von Schutzkleidungen, Bedarfsabfragen, Vernetzung). Auch durch trägerübergreifende Kooperationen konnten personelle Engpässe aufgefangen und die stationäre Versorgung gewährleistet werden. Durch den enormen kreativen Einsatz aller pflegerisch Tätigen und Verantwortlichen war es möglich, beispielsweise durch „Balkonkonzerte“ gemeinschaftliche Momente zu schaffen und der Isolation entgegen zu wirken.

Die sozialen Unterstützungssysteme für Seniorinnen und Senioren standen insbesondere in der Anfangszeit der Pandemie 2020 vor der Herausforderung, die betreffenden Personen in ihrem teilweise

freiwillig, teilweise nicht freiwillig gewählten Rückzug zu erreichen. Die klassischen face-to-face Zugangswege durften über einen längeren Zeitraum nicht genutzt werden. Auch mit zunehmenden Lockerungen wurden Kontaktangebote zunächst wenig nachgefragt. Die Zielgruppe der Seniorinnen und Senioren musste „neu“ erreicht werden. Hierbei wurde deutlich, dass wohnortnahe Angebotsstrukturen mit einem hohen Grad an Vernetzung, Vertrautheit und Bekanntheit im Quartier ihre Zugänge weiterhin sehr gut nutzen konnten. Andere Angebote nutzten vermehrt telefonische und digitale Zugangswege, was sehr gut angenommen wurde. Gleichzeitig hat sich gezeigt, dass einige ältere Menschen nicht in der Lage sind, diese Kanäle zu nutzen oder dabei Unterstützung benötigen.

Vor dem Hintergrund dieser Erfahrungen gilt es künftig, den sozialen Nahraum über quartiersbezogene Ansätze zu stärken sowie ambulante und ehrenamtliche Unterstützungsangebote weiterzuentwickeln.

Menschen mit Behinderungen

Menschen mit Behinderungen sowie deren Angehörige waren ebenfalls in besonderem Maße von coronabedingten Einschränkungen betroffen: Besuchsbeschränkungen in stationären Einrichtungen, die Schließung von Werkstätten sowie Förder- und Betreuungsgruppen bedeuteten starke Einschränkungen aufgrund wegbrechender Alltagsstrukturen. Infolge der Schließung tagesstrukturierender Angebote bestand ein höherer Betreuungs- und somit Personalbedarf im Bereich der besonderen Wohnformen, der durch verfügbares Personal aus anderen Bereichen kompensiert werden konnte. Eine Betreuung durch die Anbieter wurde, soweit es möglich war, eingerichtet und durchgeführt. Alternativ wurden andere Angebote in Anspruch genommen. Es kam allerdings auch zur Versorgung durch Angehörige im häuslichen Bereich, wenn keine alternativen Angebote wahrgenommen werden durften. Schulbegleitung wurde auch im Homeschooling weiter geleistet. Digitale Strukturen wie Homeschooling für Kinder mit Behinderung setzen den Ausbau der Barrierefreiheit voraus, um die Soziale Teilhabe nicht zu beeinträchtigen. Menschen mit kognitiven Beeinträchtigungen sind die Pandemiesituation und die entsprechenden Hygienemaßnahmen nur schwer vermittelbar.

Corona-Maßnahmen führten zu Einschnitten in der Versorgung psychisch erkrankter Menschen (zum Beispiel durch eingeschränkten Zugang zu Therapien) und zu einer wegbrechenden Alltagsstruktur mit einhergehend reduzierten sozialen Kontakten sowie tagesstrukturierenden Beschäftigungs- und Freizeitmöglichkeiten. Andererseits wurden Angebote kreativ coronakonform umgestaltet, wie beispielsweise telefonische Beratung, digitale Freizeitangebote oder Angebote mit begrenzter Teilnehmerzahl. Infolge von sozialer Isolation und wegbrechenden Tagesstrukturen ist eine Zunahme psychischer Erkrankungen zu befürchten. Die niederschwelligen Präventions- und Beratungsangebote in Karlsruhe können hier frühzeitig Unterstützung bieten. Künftig ist ein verstärktes Augenmerk auf digitale Teilhabe und digitale Barrierefreiheit zu legen.

2. Die Stadtverwaltung stellt dem Gemeinderat dar, wie sie diese Herausforderungen bewältigen und wie sie in Zusammenarbeit mit den Wohlfahrtsverbänden die vorhandenen Strukturen anpassen bzw. ausbauen will.

Soweit wie möglich wurden Angebote pandemiekonform aufrechterhalten oder weiterentwickelt. Dabei spielten telefonische und digitale Kontakte eine wichtige Rolle. Bei der künftig notwendigen Weiterentwicklung digitaler Angebote sind die unterschiedlichen digitalen Teilhabemöglichkeiten der Zielgruppen zu beachten und zu fördern.

Neben der Digitalisierung spielen niederschwellige und aufsuchende Angebote sowie die Stärkung sozialer Netze im Nahraum eine wichtige Rolle, um die Teilhabe besonders vulnerabler Gruppen zu fördern und durch eine gute Einbindung die Resilienz der Menschen zu stärken.

Trotz der Weiterführung vieler Angebote in reduzierter oder modifizierter Form können die sozialen Unterstützungsstrukturen erst mit den jüngsten Lockerungen wieder vollständig hochgefahren

werden. Einige Auswirkungen der Pandemie auf unterschiedliche Zielgruppen werden möglicherweise erst im Zuge des „Normalbetriebs“ deutlich werden. Daher gilt es, diese Auswirkungen weiter zu beobachten und bei Bedarf entsprechend zu reagieren. Dies erfolgt im bewährten Zusammenspiel von Stadtverwaltung, Institutionen, Trägern sozialer Arbeit und Zivilgesellschaft. Fördermöglichkeiten wie das Aktionsprogramm „Aufholen nach Corona für Kinder und Jugendliche“ werden dabei einbezogen.

Seit Anfang April trifft sich regelmäßig die Arbeitsgruppe „Öffnungsstrategie für Kinder, Jugend, Familie und Sport“ für eine verwaltungsinterne Abstimmung. Beteiligt sind die Sozial- und Jugendbehörde, das Kinderbüro, das Schul- und Sportamt, der Stadtjugendausschuss, das Gesundheitsamt und das Stadtamt Durlach. In der Arbeitsgruppe werden die aktuellen Entwicklungen reflektiert und gemeinsam Strategien zur Öffnung besprochen.

3. Die Stadtverwaltung stellt diese Ergebnisse spätestens in der September-Sozialkonferenz dieses Jahres vor.

Im Gemeinderat am 22. Juni 2021 wurde vereinbart, den Antrag in den Sozialausschuss am 6. Oktober 2021 zu verweisen.

Anhang

Stellungnahme der Kommunalen Behindertenbeauftragten;

Sozialausschuss 6. Oktober 2021,

TOP 1: Herausforderungen in der sozialen Unterstützungsstruktur während und nach Corona

☒ Die Kommunale Behindertenbeauftragte trägt die Vorlage mit.

☒ Die Kommunale Behindertenbeauftragte hat zu der Vorlage wie folgt Stellung genommen:

Der Ausbau von digitalen Angeboten ist gut und wichtig. Hier ist jedoch immer ein besonderes Augenmerk auf die barrierefreie Gestaltung dieser Angebote zu legen. Eine Alternative in Form von telefonischen oder persönlichen Kontaktmöglichkeiten darf dabei auf keinen Fall außer Acht gelassen werden.